

## Bund reagiert auf Kasseler Vorstoß

Kassel (smt). Nach dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst hat jetzt auch das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft auf die Kasseler Vorstöße reagiert, die Streichung der finanziellen Förderung für Abendschüler und Kollegiaten im Monat August zurückzunehmen.

Doch anders als das Land, das dem Kasseler Oberbürgermeister seine Unterstützung zugesagt hat, macht Bundesministerin Dr. Dorothee Wilms in einem Antwortschreiben an den Kasseler Bundestagsabgeordneten Horst Peter (SPD) darauf aufmerksam, daß die Kollegiaten „elternunabhängig“, das heißt ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens der Eltern gefördert würden. Zumindest ein Teil der Kollegiaten könne daher von den Eltern im Monat August unterstützt werden.

Nach den Erfahrungen des Ministeriums finde ein Teil der Kollegiaten, die ja über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügten, trotz der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt immer noch eine Ferien- oder Nebenarbeit.

Darüberhinaus sei Sozialhilfe nach Urteilen einzelner Gerichte nicht nur in Härtefällen gewähren, wird in dem Brief weiter beschieden. „Ich verkenne jedoch nicht, daß die Einsparung der Schülerförderung für den Monat August auch für Kollegiaten unter Umständen im Einzelfall Schwierigkeiten mit sich bringt“, schreibt die Ministerin und sichert zu: „Die aufgetretenen Probleme werden sorgfältig analysiert.“ Und: „Ich bitte um Verständnis, daß ich das Ergebnis dieser Analyse jetzt nicht vorwegnehmen kann“.

MdB Peter hatte sich an die Bundesregierung gewandt, nachdem es (wie berichtet) wegen der Streichung der Förderung durch das neuverfaßte Bundesausbildungsförderungsgesetz am Hessenkolleg zu einer Reihe von Protestaktionen gekommen war.